

PRESSESTIMMEN

Neue Zürcher Zeitung

Die Zeitung aus der Schweiz schreibt über das Ergebnis der Bundestagswahl

„Das starke Abschneiden der kleineren Parteien FDP und AfD erlaubt es der Wahlsiegerin Merkel nicht, einfach weiterzumachen wie bisher. Die beiden neuen Parteien im Bundestag können die Kanzlerin von rechts unter Druck setzen und die Politik der nächsten Bundesregierung beeinflussen – als Regierungspartner oder von der Oppositionsbank. Zu diesem Zweck steht die AfD in der Pflicht, ihren Kurs zu klären und sich als rechtsbürgerliche Partei im Bundestag zu positionieren. Wird sie das im Wahlkampf gepflegte Schmutz-Image als rechtsextreme, gezielt mit rassistischem Gedankengut spielende Protestpartei nicht rasch los, wird sie die Chance vergeben, direkten Einfluss auf die deutsche Politik zu nehmen.“

l'Opinion

Die französische Zeitung analysiert die Folgen der Wahl für eine EU-Reform

„In der Linie der emblematischen Bündnisse De Gaulle-Adenauer, Giscard d'Estaing-Schmidt und Mitterrand-Kohl ist es an Emmanuel Macron, die Bedingungen für einen großen europäischen Kompromiss zu schaffen, ohne die Deutschen zu überfallen. Seit Sonntag hat der Präsident eine Verbündete, die sicher Gewicht hat, aber sehr geschwächt ist.“

The New York Times

Die US-Zeitung schreibt über die Auswirkungen auf Merkels Politik

„In ihrer Siegerrede sprach Frau Merkel davon, dass sie die missmutigen Wähler zurückgewinnen will, die für die Alternative für Deutschland gestimmt haben. Hoffentlich werden diese Zielsetzung und die Verhandlungen mit den potenziellen Koalitionspartnern keinen Verfall der Werte mit sich bringen, welche die Kanzlerin in der Vergangenheit verteidigt hat. Seit der Aufnahme von mehr als einer Million Flüchtlingen im Jahr 2015 hat Frau Merkels Regierung den Zustrom stark reduziert, teilweise durch einen Deal mit der Türkei, der von Menschenrechtsgruppen kritisiert worden ist. (...) Aber ihr nicht-ideologischer Regierungsstil hat Deutschland, Europa und der Welt geholfen. Seine Fortsetzung stellt ein Gegengewicht zu der Demagogie dar, die auf die Welt losgelassen worden ist.“

Jyllands-Posten

Die dänische Tageszeitung begrüßt das Ende der großen Koalition

„Dass die große Koalition nicht verlängert wurde, ist demokratisch gesehen gut. Deutschland braucht einen gewissen Ruck und

dass die großen Parteien sich wieder besser voneinander abgrenzen. (...) Mit dem Einzug der AfD ins Parlament wird Deutschland von der europäischen Wirklichkeit eingeholt, wo es in der klassischen Parteienlandschaft schon lange grummelt mit einer klaren Bewegung zu den Rändern. (...)

THE TIMES

Die Londoner Zeitung meint zur vierten Amtszeit Merkels

„Vierte Amtszeiten sind in Deutschland nicht ohne Beispiel. Doch sie können vergiftet sein, wie ihr früherer Mentor, der verstorbene Helmut Kohl, einst erleben musste. Viele glauben gar, dass Merkel nicht für die gesamte Legislaturperiode im Amt bleiben wird. Der Einzug der AfD in den Bundestag – es ist das erste Mal seit 1960, dass eine politisch rechts-außen stehende Partei im Parlament vertreten ist – stellt zwar keine unmittelbare Gefahr dar, denn alle anderen Parteien weigern sich, mit ihr eine Regierung zu bilden. Aber sie wird mit ständigem Gezeter ein härteres Vorgehen gegen Migranten einfordern. (...)

Die Presse

Die Wiener Zeitung sieht das Ergebnis als Folge der Flüchtlingspolitik

„Deutschland ist nach rechts gerückt. Mit zwei Jahren Verspätung präsentierten die deutschen Wähler ihre Rechnung für die Flüchtlingskrise. Es ist allein dieses Thema, das die Alternative für Deutschland (AfD) so stark gemacht hat. In einem anderen politischen Umfeld wären die Rechtsnationalisten angesichts ihrer eklatanten Führungsschwäche und ihrer wiederkehrenden Grabenkämpfe längst auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet. Doch der anhaltende Unmut über Angela Merkels Politik der offenen Grenzen und die Massenzuwanderung hat dieser bereits todgeweihten Anti-Euro-Bewegung neues Leben eingehaucht.“

wyborcza

Für die polnische Tageszeitung beginnt der Kampf gegen die Anti-Demokraten

„Die AfD wird das Parlament in Feinde und die eigenen Leute einteilen (so wie das in Polen die PIS getan hat), in bessere und schlechtere Deutsche (...). Die Parteien werden kämpfen müssen. Die Deutschen können das, obwohl ihre Politik so geordnet ist. (...) Man kann erwarten, wenn die AfD anzugreifen beginnt: Die liberalen Medien (...), die Gerichte und andere demokratische Institutionen, die ihre Bewegungen einschränken werden. Die Politiker werden diese vom ersten Tag an verteidigen müssen. In Deutschland beginnt also der Kampf mit den Feinden der Demokratie. Die Politik wird nicht mehr fad und langweilig sein.“

KOLUMNE

Wichtiger Schritt



Man erkenne: Es gibt keine Protestwähler. Es gibt nur Dummbbeutel. Denen muss man nicht nachlaufen.

Von Michael Herl

Eigentlich werde ich ja vollkommen falsch eingeschätzt. Oft sagt man mir nach, ich sei mürrisch, übellaunisch und voll düsterer Gedanken. Wer mich jedoch näher kennt, der sieht die Sonne in meinem Herzen und hinter finsterner Fassade ein immerwährendes Lächeln in meinem Antlitz.

Ja, ich bin eine Frohnatur. Man sagte mir sogar schon nach, eine „Optimismusmaschine“ zu sein. Das stimmt auch. Schauen wir doch nur mal in den November vergangenen Jahres. Die meisten Mitmenschen schlichen mit bedröppelter Miene durch die Welt, war doch in den USA Donald Trump zum Präsidenten gewählt worden. Man befürchtete das Schlimmste für die ganze Welt. Zu Recht, einerseits. Andererseits war das eine Chance für das Land, befand ich – und behielt recht. Durch die Vereinigten Staaten ging ein Ruck, man begann sich seiner großen Geschichte des Widerstands und wirft mittlerweile Trump Knüppel zwischen die Pfoten, wo es nur geht.

Nun denke ich wieder so. Die AfD ist drittstärkste Kraft in Deutschland geworden. Eine Katastrophe? Nö, sage ich. Die Wahrheit klingt paradox: Das Land hat gerade einen wichtigen Schritt gemacht, seine entsetzliche Phase von 1933 bis 1945 wirklich zu überwinden. Nach mehr als sieben Jahrzehnten sieht man sich endlich gezwungen, mit der Vertuschung- und Schönrederei aufzuhören und die AfD verlorene Wähler „zurückzuholen“, wie Vertreter von SPD und CDU/CSU ankündigten, oder gar „die offene rechte Flan-

ke zu schließen“ wie Horst Seehofer metaphorisch.

Man erkenne: Es gibt keine Protestwähler. Es gibt nur Dummbbeutel. Denen muss man nicht nachlaufen. Das hat angesichts unserer Vergangenheit gewiss einen anderen Beigeschmack, doch es ist nichts Ungewöhnliches. Wir müssen nun also mit der „Huch, wir haben Nazis“-Koketterie aufhören, der Wahrheit ins Gesicht blicken und die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Und die sind: Nicht versuchen wollen, an die AfD verlorene Wähler „zurückzuholen“, wie Vertreter von SPD und CDU/CSU ankündigten, oder gar „die offene rechte Flan-

ke zu schließen“ wie Horst Seehofer metaphorisch.

Man erkenne: Es gibt keine Protestwähler. Es gibt nur Dummbbeutel. Wer eine Partei wählt, die offen zu Menschenhass aufruft und die Mörder in Wehrmachtsuniform zu ehren, der ist entweder nazistisch oder bescheuert – oder halt beides. Und dem darf man nicht krokodilisch hinterherheulen. Ist er geläutert, kehrt er zurück – und wenn nicht, soll er halt auf seinem braunen Misthaufen sitzen bleiben. Es geht auch ohne ihn.

Für alle anderen – und das sind die weitaus meisten – muss eine vernünftige, tolerante und gerechte Politik gemacht werden. Ich lebe lieber in einem Land, das eine humanitäre Flüchtlingspolitik betreibt, als in einem, das notleidende Menschen an seinen Grenzen verrecken lässt. Und dafür nehme ich auch mit Handkuss eine sogenannte Alternative für Deutschland in Kauf.

Noch lieber lebe ich in einem Land, das seinen Bürgern (zusammen mit möglichst vielen Neubürgern) eine gerechte Verteilung des Wohlstands gewährleistet. Da allerdings muss noch viel getan werden. Gelingt dies aber, kämen auch etliche der Dummpfähler wieder in den Schoß der Demokratie gekrochen – ohne dass man ihnen einen nationalkonservativen Kotau angedeihen lässt. Und wie das alles gehen soll? Erst mal mit einer möglichst starken Opposition aus SPD, Grünen und Linken. Dann sehen wir weiter.

Michael Herl ist Autor und Theatermacher.



Gedächtnis wie ein Elefant

Einige Nichtregierungsorganisationen in Brüssel vergessen nicht, dass EU-Staaten vor zwei Jahren die „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ der UN verabschiedet haben. Doch die Unterzeichner unter-

nehmen nach Ansicht der NGOs zu wenig, damit sich das Konsumverhalten auch in den Industrieländern ändert. Nur dann können aber künftige Generationen in Würde leben. ARA-FRANCOIS LENOIR, RTR

AFD

Die Sehnsucht der Männer

Von Bascha Mika

Frauen sind nicht die besseren Menschen. Aber manchmal ist es eben doch ein Vorteil, wenn das Gehirn nicht von Testosteron vernebelt wird. Oder von markig-männlicher Wut.

Beides hat zum Wahlerfolg der AfD erheblich beigetragen. Fast jeder sechste Mann hat für die Rechtsradikalen gestimmt. Hätten nur Frauen gewählt, wären die Grünen drittstärkste Kraft im Bundestag geworden. Besonders krass ist die Einstellung der Männer im Osten: Ginge es etwa nach denen in Sachsen, würden wir von geschichtsvergessenen Hetzern regiert.

Das zeigt, was die AfD über ihre nationalistische Propaganda hinaus stark gemacht hat: die Beschwörung kultureller männlicher Hegemonie. Es geht auch um Männerstolz. Einen Stolz, der vom weiblichen Anspruch auf Selbstbestimmung untergraben wurde, den neue Geschlechterbilder bis zur Lächerlichkeit ausgehöhlt haben. Als Heilmittel für die gebrochene männliche Identität bietet die AfD ein unfassbar reaktionäres Gesellschaftsgefüge an. Gleichberechtigung? Ein Anschlag auf die „natürliche Geschlechterordnung“.

Der Erfolg der AfD führt uns vor Augen, wie viele Männer die alten Dominanzverhältnisse herbeiwünschen. Auch an dieser Stelle wird der Kulturkampf härter. Berichte S. 2/3

OPPOSITION SPD zieht endlich nach

Von Arnd Festerling

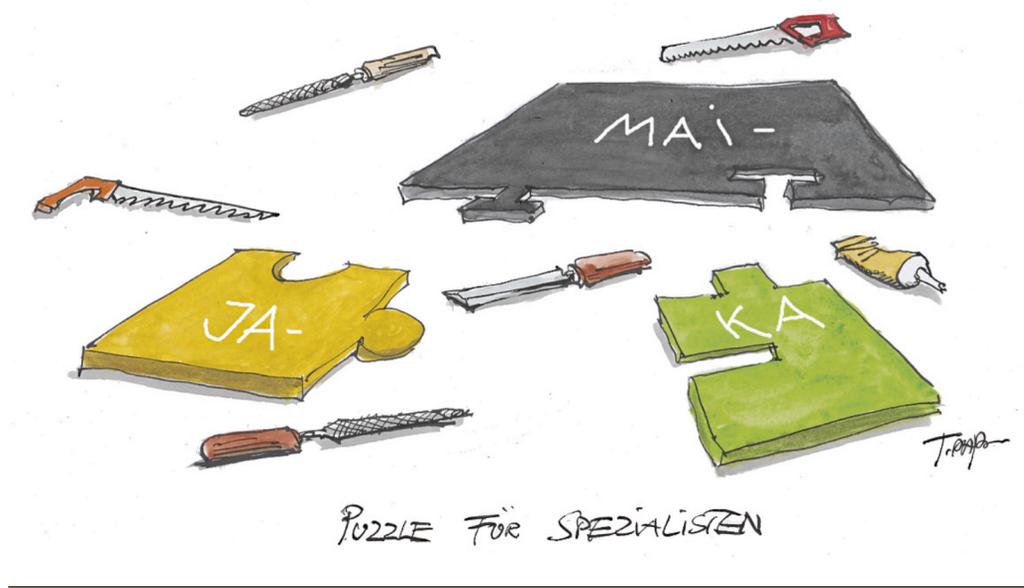
Selbst die CDU war seit Jahren schrittlicher beim Thema Frauen in Führungspositionen. Mit Andrea Nahles als Fraktionsvorsitzender haben sich die Sozis jetzt wenigstens wieder an die FDP herangerobbt. Selbst die Freien Demokraten waren mit Frau Homburger gendernmäßig schon weiter.

Schulz geht diesen Schritt auch erst in vorletzter Sekunde, ehe die Zeit im Sause Schritt endgültig über ihn und womöglich seine Partei hinwegschreitet. Über seine eigene Zukunft ist das letzte Wort längst nicht gesprochen. Am Wahlabend fand Schulz nicht wirklich das richtige Maß zwischen der Rolle des kämpferischen Oppositionellen und der eines wirklich schlechten Verlierers. Und: Vielleicht muss irgendwann irgendjemand in der SPD ja auch die Verantwortung für den verkorksten Wahlkampf übernehmen.

Andrea Nahles als Oppositionsführerin in den Bundestag zu schicken, ist dennoch ein guter, ein richtiger, ein notwendiger Schritt der Partei. Nur der erste, von vielen, die noch folgen müssen. Aber immerhin: Die SPD geht ihn. Bericht S. 6



Stephan Hebel



LEITARTIKEL

Es geht auch anders

Schwarz-Gelb-Grün oder Neuwahlen? Nein! Das Land braucht jetzt neue Bündnisse von Politik und Gesellschaft.

Eines hat Angela Merkel sofort nach der Wahl klargemacht: An der Bühnenrampe wird sie ihre Rolle unbeirrt weiterspielen. Kontinuität und Stabilität: Das ist die Botschaft, die sich auch nach den schweren Verlusten der Union nicht ändern wird.

Ein Dienst am Zusammenhalt der Gesellschaft ist das allerdings nicht. Wenn der Aufschlag der AfD-Rassisten im Bundestag eines gezeigt hat, dann dies: Etwas ist in Bewegung geraten, und nur Fantasten glauben, das hätte mit zwölf Jahren Merkel nichts zu tun.

Dass die Unruhe in der Gesellschaft sich in derart vielen Stimmen für Rechtsextreme und Rassisten entlädt, ist eine der bisher größten Herausforderungen für die bundesdeutsche Demokratie. Wer ihr begegnen will, kann das so machen, wie die CSU es will und wie es sich in einem künftigen Koalitionsvertrag zumindest teilweise niederschlagen wird: Noch mehr Zugeständnisse an die Ideologie von Abschottung und ethnischer Sauberkeit, noch mehr „Rückführung, Rückführung, Rückführung“

(Merkel), und die neuen grün-gelben Partner bekommen zum Trost ein Einwanderungsgesetz für Hochqualifizierte.

Dass das dem rechten Original die Leute erst recht in die Arme treibt, scheint nicht besonders zu interessieren. Auch die Grünen offenbar nicht, die schon am Wahlabend die neue Harmonie-Melodie eintübten: Nur keine Konfrontation mit Merkel, alle gemeinsam gegen die AfD.

Die aber würde sich ins Fäustchen lachen, wenn die etablierten Parteien den Vorwurf, sie seien eh alle gleich, auch noch bestätigen. Der „Alternative für Deutschland“, die keine ist, muss vielmehr durch echte, demokratische Alternativen zum „Weiter so“ das Wasser abgegraben werden.

Dieser These liegt eine andere zugrunde: Der Erfolg der Rassisten hat auch, aber nicht nur mit dem Flüchtlingsthema zu tun. Der Soziologe Claus Leggewie hat im FR-Interview gesagt, die 15 bis 20 Prozent Unzufriedenen im Land habe Merkel „der AfD förmlich zugetrieben“, und er hat recht.

Sie hat das getan, indem sie aus ideologischer Blindheit auf eine Politik der Integration verzichtet hat. Wobei Integration keineswegs nur die Eingliederung Geflüchteter meint, sondern eine umfassende Politik, die gegen gesellschaftliche Ausgrenzung vorgeht – sowohl was Alt-eingesessene als auch was Zugewanderte betrifft.

Angela Merkel wird diese Politik auch in Zukunft verweigern, auch dann, wenn die Grünen

mitregieren. Genau deshalb sollten sie es lassen.

Aber bedeutet das nicht automatisch Neuwahlen? Nein! Auch wenn das im Land der einbetonierte Mehrheiten fast niemand hören mag: Kein Gesetz schließt Minderheitsregierungen aus. Man kann eine Kanzlerin im dritten Wahlgang auch mit relativer Mehrheit wählen – also faktisch allein mit den Stimmen der Union oder von Union und FDP.

Und wer sagt, dass sich Mehrheiten für einzelne Gesetze nur in Koalitionsgeplänkel aushandeln lassen und nicht auch zwischen Regierung und Opposition? Auch jetzt geschieht das, wenn es etwa um einen Ausgleich mit dem Bundesrat geht, immer wieder.

Das Argument, es droht Neuwahlen, wenn „Jamaika“ nicht funktioniert, ist also vielleicht von der Stimmungs-, nicht aber von der Rechtslage gedeckt. Es dient eher dem Zweck, einer Koalition von FDP und Grünen mit der Union den Lorbeerkrantz der Verantwortung für Ruhe und Stabilität umzuhängen.

Es ist nur dummerweise genau die Art von Ruhe und Stabilität, die aus Blindheit gegenüber den Brüchen in der Gesellschaft die Unzufriedenen der extremen Rechten überlässt. Wer den Versuch nicht aufgeben will, sie zurückzugewinnen (soweit es sich nicht um eingefleischte Rechtsideologen handelt), wird einen anderen Weg gehen müssen: Es ist an der Zeit, dass eine neuformierte Opposition um demokratische Alternativen kämpft – sowohl zu Merkel als auch zur AfD,

und zwar im Bundestag wie auch außerparlamentarisch.

Es gibt viele Verbände und Initiativen, die sich für die von Merkel missachteten politischen Alternativen engagieren: vom Datenschutz bis zu Investitionen in die staatliche Daseinsvorsorge, von umweltverträglicher Energie und Ernährung bis zu besserer Bildung und gerechten Löhnen, vom sozialen Europa bis zum Kampf gegen Rüstungsexporte.

Parteien, die sich als fortschrittlich verstehen, hätten jetzt die Aufgabe, als Bindeglied zu dienen zwischen diesen gesellschaftlichen Interessen, und den Schauplätzen der politischen Macht. Die SPD ist am Wahlabend einen ersten Schritt in diese Richtung gegangen, auch wenn das mit dem Verlierer vom Sonntag an der Spitze noch nicht übermäßig glaubwürdig wirkt. Die Grünen gehen offenbar lieber den direkten Weg zur Macht.

Dabei hätte das linksliberale Lager nur dann eine Chance, wenn es sich aus der Opposition heraus neu formierte. Wer sich stattdessen immer weiter von den Veränderungskräften in der Gesellschaft entfernt, hat auch 2021 keinen Anspruch auf Macht. Berichte Seiten 2 bis 7